

**DStGB**Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Presseerklärung

Villingen-Schwenningen, den 11.04.2024

Gemeinsamer Forstausschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“:

Bundesforstausschuss „Deutscher Kommunalwald“ Moritz Petry wird Nachfolger von Dr. Karl-Heinz Frieden

Der Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, Moritz Petry, ist auf der Tagung des Gemeinsamen Forstausschusses der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“ am 11. April 2024 in Villingen-Schwenningen zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Petry tritt damit die Nachfolge des seit 2018 amtierenden Ausschussvorsitzenden Dr. Karl-Heinz Frieden an, der als Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz zum 31. März 2024 in den Ruhestand getreten ist.

Frieden hat sich auf der Bundesebene als Mitglied im Präsidium des Deutschen Forstwirtschaftsrates, der Plattform Forst und Holz und als Vorsitzender des Bundesausschusses „Deutscher Kommunalwald“ mit großem persönlichem Einsatz und Herzblut für die Belange des Kommunalwaldes engagiert. Ein besonderes Anliegen war Frieden die Harmonie der drei Säulen der forstlichen Nachhaltigkeit „Ökologie, Ökonomie und Soziales“, insbesondere vor dem Hintergrund ständig steigender Ansprüche seitens EU, Bund, Länder und der Gesellschaft an den Wald.

In der Amtszeit von **Frieden** wurde die Forstwirtschaft mit einer Vielzahl und Gleichzeitigkeit von Krisen konfrontiert: Wald im Klimawandel, Borkenkäferkalamitäten, Wald- und Artensterben, Corona-Pandemie, der Russland-Krieg gegen die Ukraine, Rohstoffknappheit, Lieferengpässe und Inflation. Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse hat Frieden gefordert, die bisherigen Strategien der europäischen und nationalen Waldpolitik auf den Prüfstand zu stellen. So müsse auch der Beitrag von Wald und Holz für das Erreichen der Klimaschutzziele und für eine nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung neu bewertet werden. Auch beim Wald müsse die Politik selbstkritisch hinterfragen, ob sie noch auf dem richtigen Kurs sei.

Für **Petry** steht die Forstwirtschaft der waldbesitzenden Städte und Gemeinden seit Jahrzehnten als ein Garant für Nachhaltigkeit, Erholung und Holznutzung. Zwar nehme der Kommunalwald eine Zwischenstellung zwischen Staats- und Privatwald ein. So sei der Körperschaftswald als Waldbesitz der öffentlichen Hand insbesondere den gesellschaftlichen und ökologischen Funktionen des Waldes verpflichtet. Andererseits könnten diese Funktionen nur erfüllt werden, wenn die Bewirtschaftung des kommunalen Waldbesitzes für die Städte, Gemeinden und Gebietskörperschaften ökonomisch tragfähig sei. Aus Sicht von **Petry** gilt es daher, eine aktive Waldbewirtschaftung durch Handlungsfreiräume zu fördern und Anreize für eine klimaresiliente Waldentwicklung zu setzen. Vielfalt sei dabei eine gute Strategie, um für die ungewissen Anforderungen der Zukunft gerüstet zu sein.

Petry erklärt: *„Wir benötigen eine langfristig angelegte, maßnahmenbezogene GAK-Förderung unter Beteiligung der Länder. Der klimawandelbedingte Waldumbau ist ein Marathon, kein Sprint. Die Aufgabe muss heute im Interesse künftiger Generationen gestaltet werden. Es geht um den Erhalt des Waldes mit seinen vielfältigen Funktionen im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Ein intakter Wald ist von zentraler Bedeutung für die Erreichung unserer Klimaschutzziele. Daneben ist ein dauerhaftes System der Honorierung von Ökosystemleistungen des Waldes für alle Waldbesitzarten zu etablieren. Nach dem Grundsatz „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“ bedarf es eines Gemeinwohlgleichs. Besonders wichtig erscheint mir dabei die Verlässlichkeit und Planbarkeit unabhängig von Haushaltsvorbehalten.“*

*„Der Forstausschuss „Deutscher Kommunalwald“ ist hierbei eine wichtige Stimme in der Bundespolitik, damit der Spagat zwischen den verschiedensten Ansprüchen an die kommunalen Wälder gelingen kann. Für eine erfolgreiche Arbeit ist für mich die enge Verbindung und der Austausch mit unseren Kommunalwaldvertretern in den Bundesländern und eine vertrauensvolle und sachorientierte Zusammenarbeit mit den für Wald, Forstwirtschaft und Naturschutz zuständigen Ressorts, Vertretern der politischen Parteien und forstlichen Verbänden sehr wichtig. In diesem Sinne möchte ich die erfolgreiche Arbeit von Dr. Karl-Heinz Frieden fortsetzen“, so **Petry**.*

Zur Person: Moritz Petry

Nach dem Studium der Politikwissenschaften, Betriebswirtschaft und öffentliches Recht in Mainz, Nantes (Frankreich) und Trier war Petry als Personalberater bei Michael Page International tätig.

Petry wurde 2010 zum Bürgermeister der Verbandsgemeinde Irrel gewählt. 2014 setzte sich Petry in der Wahl zum Bürgermeister der Verbandsgemeinde Südeifel, die im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform aus den Verbandsgemeinden Irrel und Neuerburg gebildet wurde, durch.

Petry engagiert sich ehrenamtlich als Vorsitzender im Volksbund Kriegsgräberfürsorge, Bezirksverband Koblenz/Trier sowie im Deutschen Roten Kreuz als Vizepräsident des Eifelkreises Bitburg-Prüm.

Die Herausforderungen, vor denen heute gerade die kleinstrukturierten kommunalen und privaten Waldbesitzenden im ländlichen Raum stehen, sind Petry aus seiner 14-jährigen Tätigkeit als Bürgermeister in der Südeifel bestens bekannt.

Seit 1. April 2024 führt Moritz Petry als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied den Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz.

Ansprechpartnerin: Ute Kreienmeier, Referatsleiterin Kommunalwald, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Telefon 0171/9533684, E-Mail: ute.kreienmeier@dstgb.de